

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Postämtern 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. 50 Pf. wöchentlich. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Preis 10 Pf. pro Woche. Einzelnummern 5 Pf. pro Stück. Der Inhalt des Wilsdruffer Tageblattes ist für den Verleger allein verantwortlich. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonst. Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Fortsetzung der Zeitung oder Rückerstattung des Bezugspreises. — Rücksendung eingekaufter Exemplare erfolgt nur, wenn Porto beifügt.



Verlagspreis: die 8. Pf. alte Nummer 20 Pf., die 4. Pf. alte Nummer 40 Reichspfennig, die 3. Pf. alte Nummer 60 Reichspfennig, die 2. Pf. alte Nummer 80 Reichspfennig. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennig. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Wilsdruffer Zeitung ist für den Verleger allein verantwortlich. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonst. Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Fortsetzung der Zeitung oder Rückerstattung des Bezugspreises. — Rücksendung eingekaufter Exemplare erfolgt nur, wenn Porto beifügt.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 272 — 89. Jahrgang — Teleg.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2840 Sonnabend, den 22. November 1930

## Starre Verträge.

„Gesetz und Recht.“ — „Tastendes Schreiten.“ — „Politik der Abenteuer.“

Es bleibt dabei, daß nicht starre Verträge, sondern das Leben der Völker die Zukunft bestimmen müssen, — vielleicht liegt in diesem Schlußwort der Rede des deutschen Außenministers der Kern des Gegenjahres beschlossen zwischen dem, was der Inhalt der französischen Politik seit dem Versailler Vertrag blieb, und dem, was Deutschland will und — erhofft. Auch die Heilige Allianz vor hundert Jahren konnte es nicht verhindern, daß das Leben der Völker starre Verträge sprengte; denn es war stärker. „Es erben sich Gesetz und Rechte wie eine ewige Krankheit fort“ darf man mit Goethe auch von solchen starren Verträgen und von „Prozeduren“ sagen, denen aber vergeblich „Ewigkeitswert“ beigelegt werden soll. Darum wendet sich Dr. Curtius gegen das Wort aus Tardiens Rede, daß schon das Aufwerfen gewisser territorialer Fragen gleichbedeutend mit dem Kriege sei, — was in anderer Form etwa dasselbe sagt wie Franklin-Vonillons Äußerung: Frankreichs Grenze liege an der Weichsel. Was Deutschland will und erstrebt, wird uns distilliert von den Lebensnotwendigkeiten unseres Volkes, Lebensnotwendigkeiten, die mit denen keines anderen Volkes unvereinbar sind. Vielleicht aber noch mehr als nur deutsche Lebensnotwendigkeit ist das Endziel unserer politischen Willens ein solches, das im Interesse des Weltfriedens liegt. Was nützt der Völkerbund, wenn diese „heilige Union der Völker“, wie man in Frankreich gern und oft sagt, nicht dem Grundsatz einer wirklichen Gleichberechtigung dieser Völker schließlich und tatsächlich Rechnung trägt! Wenn eben die Sprache der Waffenstillstandsbedingungen, der Friedensdiktate, der Wiederholten Ultimata sich als „Gesetz und Rechte fortsetzen“ soll, dann ist jene Genfer Einrichtung zur Verhütung der Völker eine höchst überflüssige Notmaßnahme.

Aus diesen deutschen Lebensnotwendigkeiten ergibt sich auch mit einer die „starren Verträge“ bekämpfenden Selbstverständlichkeit Richtung und Ziel der deutschen Außenpolitik. Sie hat die Arme etwas freier bekommen durch die Rheinlandräumung, will weitere Hemmnisse beseitigen durch die gegenwärtige Steuer- und Finanzreform, darf sich aber — und das betont der Reichskanzler deutlich und scharf — in ihrem Marschtempo nicht von irgendwelchen innenpolitischen Rücksichten, Wünschen oder laut gedauerten Forderungen hemmen oder überreizt vorwärtsstoßen lassen. Daß bei diesem Marsch auf die allgemeine Lage, auf die „Realität“ der andern, auf die Wirklichkeiten der Gegenwart Rücksicht zu nehmen ist, kann zu Unwegen zwingen. Zu vorsichtig tastendem Schreiten. So in der Frage der Revision des Young-Planes. Auch hier setzte Dr. Curtius den „starren Verträgen“ das „Leben“ gegenüber durch den einfachen Hinweis darauf, daß weder bei den Young-Verhandlungen in Paris noch später bei den Saager Konferenzen irgend jemand gehandelt hat, mit welcher Rücksicht diesem Plan zugrunde liegenden wirtschaftlichen Erwägungen durch die Entwicklung eben dieser Wirtschaft selbst, durch die Weltkrise, über den Haufen gerannt werden würden, wie es doch tatsächlich geschehen ist! Das gleiche Leben der Völker hat auch die „schlechten Teile“ des Versailler Diktats, deren Vorhandensein selbst Tardieu, der Mitverfasser dieses Dokuments, nicht bestritt; die „starren Verträge“ können deshalb nicht auf die Dauer das Gesetz Europas bleiben, weil sich eben das „Leben der Völker“ nicht durch jene Fehler erlösen läßt. Auch nicht durch ein Veto Frankreichs, wie es Tardieu für jedes Revisionsgebeten Deutschlands angefündigt hat. Starre Verträge oder Leben — darum dreht es sich auch in der Abfassungsfrage; wenn Tardieu es als französisches „Naturrecht“ bezeichnet, die Landesgrenzen zu sichern, dann gilt eben dieses Recht noch viel mehr für Deutschland. Das Recht — sollte wenigstens gelten; denn die Pflicht zur allgemeinen Abrüstung besteht, wird auch — wenigstens theoretisch — immer lauter anerkannt, nur nicht auf der Abrüstungskommission in Genf, deren „Arbeit“ Dr. Curtius ein schnelles, durchaus nicht unverdientes Ende wünscht. Daß Deutschland bei seinem Kampf gegen die „starren Verträge“ nicht in irgendwelche Abenteuer stürzen will, ist eine Selbstverständlichkeit, die man leider immer nur den Trägern der französischen Politik gegenüber wiederholen muß. Ebenso oft müssen wir freilich auch der Erwartung Ausdruck geben, daß „das Ausland für unsere Lage mehr Verständnis zeigt, als das vielfach bisher der Fall ist.“ — also für das Leben und das Lebenwollen des deutschen Volkes von 65 Millionen, das es eben „nicht für möglich hält, sich mit dem gegenwärtigen Stand der Dinge, insbesondere im Osten, einfach abzustunden“.

Auch andere in die Fesseln „starrer Verträge“ gefesselte Völker haben dies schon laut genug ausgesprochen, was nun auch ein deutscher Außenminister in nicht mehr zu miss deutende Worte kleidet. Ungarn ließ kaum eine Gelegenheit vorüber, vor aller Welt gegen seine Verhältnisse Protest zu erheben; auch dort will man leben, will sich nicht „einfach abfinden“. Gewiß ist die

## „Drastische Sparmassnahmen“

### Die Landgemeinden unter Krisendruck

Der Reichskanzler verteidigt sein Werk.

In Berlin fand unter sehr starker Beteiligung die Vertretertagung des Landgemeindetages 1930 statt. Neben dem Reichskanzler waren die Reichsminister Schiele, von Guérard und Treviranus erschienen, ferner der preussische Innenminister Severing und die Präsidenten der kommunalen Spitzenverbände. Bürgermeister Lange-Weißwasser schilderte in seiner Begrüßungsansprache die schwierige Lage der Landgemeinden und übte in diesem Zusammenhang Kritik an dem Gesehgebungswerk der Reichsregierung.

Darauf nahm Reichskanzler Brüning das Wort. Er erklärte, daß die Kritik charakteristisch für die Gesamtsituation des deutschen Volkes gegenüber der Arbeit der Reichsregierung sei. Die Reichsregierung sei sich der Schwierigen Lage der Landgemeinden bewußt. Sie sei sich klar darüber, daß der erste und stärkste Stoß der fürchterlichen Agrar- und Industrie Krise die Landgemeinden treffe, die ohne steuerliche Reserven seien. Keine Regierung könne jedoch im Handumdrehen alle Aufgaben meistern. Zweifellos seien den Gemeinden in den letzten Jahren Lasten auferlegt worden, für die es keine Deckung gab und die zu dem starken Anwachsen der Realsteuern führten. Aber Deutschland sei nicht das einzige Land, das in den letzten Jahren die wirtschaftliche Entwicklung der Zukunft überschätzt habe. Es sei nicht das einzige Land, das jetzt zu Reformen und drastischen Sparmassnahmen greifen müsse.

#### Auf dem Agrargebiet

Bei es in den letzten Monaten gelungen, die Preisentwicklung für die deutschen Agrarerzeugnisse von der Preisentwicklung des Weltmarktes abzukoppeln. In kürzester Frist werde die Reichsregierung weitere Maßnahmen auf diesem Gebiete treffen. Durch die Wiederaufrichtung der Landwirtschaft könnte ein großer Teil der Arbeitslosigkeit behoben werden und von dort müsse auch die finanzielle Gefundung der Landgemeinden unter allen Umständen kommen. Der Reichskanzler ging dann im einzelnen auf das Gesehgebungswerk der Reichsregierung ein. Eine wirksame Entlastung sei für die nächsten Monate und auch für das nächste Jahr noch nicht möglich. Was die Reichsregierung tue, sei nichts anderes, als die täglich neu hervortretenden Schwierigkeiten so weit abzumildern, daß wir nicht zum völligen Zusammenbruch kommen. Man müsse sich darüber klar sein, daß die Dinge erheblich schwerer lägen als im Herbst und Winter 1929. Wir können, so erklärte Dr. Brüning, an das Ende dieser Arbeit nicht ein Wunder legen wie das Wunder der Rentenmark. Wir können das deutsche Volk nur wieder dort hinführen, wo es Hoffnung auf eine bessere Zukunft haben kann. Dafür sind die Maßnahmen der Reichsregierung die erste Voraussetzung. Wer glaubt, daß unsere Schwierigkeiten nur auf die Reparationslasten zurückzuführen sind, der verschließt die Augen in gefährlicher Weise vor der Wirklichkeit. Die Wirklichkeit ist, daß die wirtschaftlichen Möglichkeiten des deutschen Volkes in den letzten Jahren in Deutschland ebenbürtig überhäuft wurden wie im Auslande. Sicher wäre

die Auffassung im Auslande anders gewesen, wenn nicht beispielsweise in der Finanzwirtschaft durch diese unnütze Bauten dem Auslande ein völlig falsches Bild gezeigt worden wäre. Der Reichskanzler verteidigte dann die Kürzung der Beamtenegehälter und erklärte, man habe dem Berufsbeamtentum den stärksten Dienst erwiesen, indem man auch die Beamten zu Opfern für das gesamte Vaterland aufgefordert habe. Dr. Brüning richtete weiter an die Gemeinden die Mahnung zur Sparsamkeit.

Der Ruf der Reichsregierung sei noch nicht überall hingedrungen, weil die Überweisungen in alter Höhe weiterklopfen und garantiert waren. Man habe in der Kommunalpolitik vielfach geglaubt, auf ein bestimmtes Maß von Einnahmen für alle Zeiten rechnen und darauf seine Ausgaben einstellen zu können. Hierin liege ein wesentlicher Grund für die heutigen Schwierigkeiten. Entscheidend für die wirtschaftliche Entwicklung, so schloß der Kanzler, ist die Durchführung des Gesamtprogramms der Reichsregierung. Ich bitte Sie, das Werk der Reichsregierung zu unterstützen. Wenn man den Mut hat, auch in schweren Stunden zuzugreifen und zu handeln, dann ist noch nie ein Volk verloren gewesen. Minister Severing erklärte, bedauerlich sei es, daß gerade von den Landgemeinden den Nationalisierungsplänen, die die Staatsregierung mit der Zusammenlegung kleiner leistungsschwacher Landkreise verfolge, stärkster Widerstand entgegengesetzt werde. Die gefährlichsten inneren Feinde seien Hunger und Pestilenzismus. Die Beamten müßten verstehen, daß sie gegenüber dem großen Heer der Arbeitslosen in Folge der Sicherheit ihrer Stellung besser dastehen. Der Minister schloß mit einem Aufruf zur Zusammenarbeit an der Überwindung der Notzeit.

Dann sprach Reichsernährungsminister Schiele über die Bedeutung des Landes für die Volksernährung. Die letzte Ursache der Agrarkrise sei darin zu erblicken, daß unsere Volkswirtschaftspolitik keine Ausgeglichenheit in der Preisfrage herbeigeführt habe.

Das Opfer zur Rettung der deutschen Zukunft werde von allen Ständen gleichmäßig getragen werden müssen. Reichsminister Treviranus sprach in seiner Eigenschaft als Reichskommissar für die Ostbische über die Hilfsmassnahmen für den Osten. Bei den Steuererleichterungen kämen den Landgemeinden zwei Drittel der staatlichen Hilfe zugute.

Den Einfluß der Wirtschaftskrise auf die öffentlichen Finanzen behandelte der frühere Reichsfinanzminister Dr. Hilferding. Die Krise der öffentlichen Finanzen, so führte er aus, sei international wie die internationale Wirtschaftskrise.

Der Präsident des Deutschen Landgemeindetages, Dr. Gerke, erklärte, in den Landgemeinden, die von den rund 63 000 deutschen Gemeinden allein über 60 000 ausmachen, seien den Erparnismöglichkeiten enge Grenzen gezogen, da sich die Landgemeinden ihren zwangsläufigen Verpflichtungen auf kulturellem und sozialem Gebiet nicht entziehen könnten. Nachdrücklich wandte sich der Redner gegen das geplante Zuschlagsrecht zur Einkommensteuer, das gerade für die leistungsschwachen Agrargemeinden verhältnismäßig hohe Lasten haben müßte.

## Die Anschlußbewegung ist nicht berebt.

Demonstration für eine Zollunion Deutschland-Österreich

In Wien nahm die gemeinsame Tagung der deutsch-österreichischen Arbeitsgemeinschaft ihren Beginn. Vor österreichischer Seite erstattete der Vorsitzende, Universitätsprofessor Dr. Wetstein, den Bericht über die bisherige Tätigkeit, von reichsdeutscher Seite Freiherr von Branca aus München. Der Vorsitzende bemerkte mit Recht, daß die Annahme des Ausstades, die Anschlußbewegung vererbe allmählich, nur deshalb möglich war, weil man dort nicht wisse, daß fast keine größere Veranstaltung ohne Anschlußbewegung vergehe. Mit großen Interesse wurden die von reichsdeutscher Seite ausgehenden Anregungen aufgenommen, auch einmal eine österreichische Hochschultage im deutschen Reich zu veranstalten. Bericht über die politische Lage vom Standpunkt des Anschlusses erstatteten der österreichische Abgeordnete Trezel und der deutsche Reichsminister a. D. Emminger.

Auf Antrag des ehemaligen österreichischen Gesandten in Berlin, Niede, wurde eine Entschärfung angenommen, in der es u. a. heißt: In der Erwägung, daß ein auf der Meistbegünstigung aufgebaute Handelsvertrag niemals eine befriedigende Befastung der handelspolitischen Verhältnisse zwischen Österreich und dem Deutschen Reich herbeizuführen vermag, und daß nur der Abschluß eines Wirtschaftsbündnisses oder einer Zollunion eine befriedigende Lösung bringen kann, ersuchen die deutsch-österreichischen Arbeitsgemeinschaften auf ihrer gemeinsamen Tagung die beiderseitigen Regierungen: Im Deutschen Reichstag und im österreichischen Nationalrat die Einsetzung handelspolitischer Ausschüsse zu veranlassen, welche in ähnlicher Weise wie dies bei der Angleichung des Strafrechts geschehen ist, in gemeinsamer Beratung die Richtlinien für eine einheitliche Handelspolitik beider Staaten zu beraten, die Angleichung der beiderseitigen Zollgesetzgebung vorzubereiten und Vorschläge über die Form eines künftigen möglichst engen Wirtschaftsbündnisses beider Staaten zu erlassen hätten.

## Der angemessene Preis.

Schiele über Agrarpolitik und Preisabbau.

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Dr. e. h. Schiele, veröffentlicht programmatische Ausführungen, in denen die wechselseitige Abhängigkeit von Ernährung und Landwirtschaft besonders deutlich zum Ausdruck kommt. Gleichzeitig aber auf die agrarpolitische Bedeutung des Preisabbaues näher eingegangen wird. Im einzelnen weist Minister Schiele auf die Schädigungen hin, die unsere Volkswirtschaft durch ihre mangelnde Stabilität erleidet. Das nächste Jahrzehnt der Agrarpolitik müsse den Ausgleich zwischen Erzeugung und Verbrauch, zwischen den brachliegenden Arbeitskräften und den Bedürfnissen der Volkswirtschaft bringen. In dieser Richtung, bei der Produktionsumstellung und Abfahrtung angestrebt wird, bewegen sich alle agrarpolitischen Maßnahmen der Reichsregierung. Nachdrücklich betont der Minister, daß keine Gegenfähigkeit zu dem von der Reichsregierung angebahnten Preisabbau in dem geforderten Bestreben liege, dem Landwirt einen angemessenen, d. h. relativen und nicht den absoluten Preis für seine Erzeugnisse zu sichern.